

AIPA 2/2011

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Martin Malek

Russlands Potenziale in der Weltpolitik. Ein
Überblick



Lehrstuhl Internationale Politik
Universität zu Köln

ISSN 1611-0072

AIPA 2/2011

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Martin Malek

Russlands Potenziale in der Weltpolitik. Ein
Überblick

ISSN 1611-0072

Lehrstuhl Internationale Politik

Universität zu Köln, Gottfried-Keller-Str. 6, 50931 Köln

Redaktionelle Bearbeitung: Kevin Alexander

Köln 2011

Abstract

Die Frage nach der Stärke Russlands in der internationalen Arena bewegt Politik und Öffentlichkeit des Landes ständig. Vorliegende Untersuchung behandelt die Frage, welche demographischen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Potenziale Russland mobilisieren kann, um die von ihm angestrebten außen- und sicherheitspolitischen Ziele zu erreichen. Besondere Beachtung verdient die „Energieaußenpolitik“, d.h. die Nutzbarmachung der Position Russlands als eines wichtigen Lieferanten von Erdöl und -gas für viele Länder in- und außerhalb der früheren Sowjetunion. Zur besseren Veranschaulichung der Rahmenbedingungen der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands werden auch deren innenpolitische Voraussetzungen skizziert.

Eine wichtige Schlussfolgerung lautet, dass derzeit weit mehr für als gegen eine künftige Zunahme des Einflusses Russlands in der Welt spricht.

Dr. Martin Malek

Forscht zu Themen der GUS an der Landesverteidigungsakademie Wien, Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement.

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Exkurs: Zu aktuellen Aktivitäten der Russischen Geografischen Gesellschaft	2
3	Bevölkerung	3
4	Das politische System	4
5	Wirtschaft	7
6	Einige „Hebel“ Russlands zur Einwirkung auf sein internationales Umfeld	11
7	Fazit	20
8	Literaturverzeichnis	22

Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt nominal für 2009. in Mio. US-Dollar	8
Tabelle 2: Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten für 2009, in Mio. US- Dollar	8
Tabelle 3: Die Atomstreitkräfte Russlands und der USA im Vergleich.....	12

Russlands Potenziale in der Weltpolitik. Ein Überblick¹

1 Einleitung

Die Frage nach der Stärke Russlands in der internationalen Arena bewegt Politik und Öffentlichkeit des Landes permanent. Eine unüberschaubare Zahl von politischen Stellungnahmen sowie (mehr oder weniger niveauvollen) Presse- und Buchveröffentlichungen zeigt, dass es sich hier um eines der wichtigsten Anliegen des politischen Diskurses in Russland handelt. Und vom Selbstverständnis Russlands, den Zielen, die es im Dienste seiner – angeblichen oder tatsächlichen, jedenfalls ausschließlich von seiner Führung bestimmten – nationalen Interessen verfolgt, sowie den Mitteln, die es dazu einsetzt, hängt die Entwicklung der internationalen Beziehungen (und konkret ihre Stabilität bzw. Instabilität) zu einem erheblichen Maße ab. Hieraus resultiert die Bedeutung der Frage, welche demographischen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Potenziale Russland (auch und gerade im Vergleich mit bestimmten anderen Ländern) in die Waagschale werfen kann, um die von ihm angestrebten außen- und sicherheitspolitischen Ziele zu erreichen.

Vorliegende kurze Untersuchung trägt dem Umstand Rechnung, dass die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands ohne eine Behandlung ihrer innenpolitischen Voraussetzungen unverständlich bleiben würde. Besondere Beachtung verdient auch die „Energieaußenpolitik“, d.h. der Einsatz von Lieferungen von Energieträgern, insbesondere Erdöl und Erdgas, zu politischen Zwecken.

1 Diese Untersuchung ist die geringfügig ergänzte Fassung eines Vortrages, den der Autor am 23. November 2010 an der Universität Wien vor der Österreichischen Geographischen Gesellschaft gehalten hat.

2 Exkurs: Zu aktuellen Aktivitäten der Russischen Geografischen Gesellschaft

Bei einer Sitzung des Kuratorenrates der traditionsreichen, 1845 gegründeten Russischen geografischen Gesellschaft in Moskau am 15. März 2010 versammelten sich mehrere Wirtschaftskapitäne, darunter der umstrittene und auch im westlichen Ausland nicht unbekannt Oleg Deripaska, Politiker wie Katastrophenschutzminister Sergej Schojgu (seit November 2009 Präsident der Gesellschaft), der damalige Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow, die St.Petersburger Gouverneurin Valentina Matwijkenko, der Vorsitzende der Staatsduma Boris Gryslow und Ministerpräsident Wladimir Putin – in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kuratorenrates der Gesellschaft.

Natürlich stellte sich die Frage, was diese Funktionäre, die ursprünglich nicht für ihr Interesse an Geografie bekannt waren und die auch keine einschlägige Ausbildung besitzen, an der Russischen geografischen Gesellschaft interessiert. „Kommersant“, die wohl beste (und vom Kreml weitgehend unabhängige) Tageszeitung Russlands, berichtete von der Veranstaltung, dass sie die Herausbildung einer „neuen spannenden nationalen Idee“ markiere, „für deren Realisierung Wladimir Putin persönlich verantwortlich zu sein beabsichtigt. [...] Die nationale Idee besteht aus der Sammlung des russländischen Landes.“ (Kolesnikov 2010). Somit geht es bei der für den west- und mitteleuropäischen Beobachter auf den ersten Blick überraschenden Vereinnahmung der Russischen geografischen Gesellschaft durch die Politik wohl kaum um Interesse an der Geografie als Wissenschaft und ihrer möglichst kompetenten Ausübung, sondern um die Absicht der politischen Instrumentalisierung v.a. als Geopolitik. Diese (in sowjetischen Zeiten als „bürgerliche Pseudowissenschaft“ verdammt) Disziplin hat seit dem Beginn der 1990er-Jahre in Russland einen steilen Aufschwung genommen und das „ideologische Vakuum“, das durch die Delegitimierung des Marxismus-Leninismus als Herrschaftsideologie entstanden war, zumindest teilweise aufgefüllt (vgl. Malek 2008).

3 Bevölkerung

Bei der letzten sowjetischen Volkszählung 1989 hatte die damalige Russländische Sowjetrepublik 147,4 Mio. Einwohner, bei der ersten postsowjetischen Volkszählung 2002 wurden 145,2 Mio. erfasst. Mit 1. September 2010 schätzte der Föderale Dienst für staatliche Statistik in Moskau die Einwohnerzahl auf 141,8 Mio. (Federal'naja služba gosudarstvennoj statistiki 2010), womit Russland (hinter China, Indien, den USA, Indonesien, Brasilien, Pakistan, Bangladesch und Nigeria) auf dem neunten Platz der bevölkerungsreichsten Länder der Welt lag.

Die bislang letzte Volkszählung fand im Oktober 2010 statt. Ihre detaillierten Endergebnisse dürften erst 2013 vorliegen, doch deuteten erste Resultate auf nicht ganz 142,9 Mio. Einwohner (davon 53,7% Frauen) hin. Allerdings meldeten sich (wie schon 2002) sofort zahlreiche (wenngleich fast ausschließlich „nichtamtliche“) Skeptiker zu Wort, die Zweifel an der Korrektheit der Durchführung anmeldeten. Die Kritik bezog sich insbesondere auf den Nordkaukasus, wo der Kreml offenbar (wieder) plant, die Ergebnisse politischen „Notwendigkeiten anzupassen“: So sind die kolportierten Einwohnerzahlen für die beiden autonomen Republiken Inguschetien und Tschetschenien (wie bereits 2002, als in Tschetschenien gerade der seit 1994 zweite Krieg in vollem Gang war) offenbar überhöht und unglaubwürdig (Dzutsev 2010).

Demographische Prognosen (so hieß es in einem UNO-Bericht von 2009, dass die Bevölkerung bis zum Jahr 2050 auf 116 Mio. zurückgehen könnte (Malykhin/ Ivanitskaya 2009), geben in Russland immer wieder Anlass für größte Besorgnis, ja Alarmstimmung; so kann man in den Medien hören, dass Russland „aussterben“, „aus der Geschichte verschwinden“ oder aber in wenigen Jahrzehnten eine islamische Bevölkerungsmehrheit haben werde. Alles das hat freilich nichts mit der Realität zu tun.

Die Lebenserwartung gilt allgemein als wichtiger Indikator für die Lebensqualität in einem Land. Nach der Ausgabe für 2009 des „Demographischen Jahrbuches“ des Föderalen Dienstes für staatliche Statistik hatte ein 2008 geborener

Mann eine Lebenserwartung von 61,8 Jahren, eine Frau von 74,2 Jahren (Federal'naja služba gosudarstvennoj statistiki 2009). Ähnlich sind die Zahlen des CIA-„World Factbook“ für Mitte 2010: Männer besitzen demnach eine Lebenserwartung von 59,54 Jahren, Frauen von 73,17; die Lebenserwartung im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung liegt bei 66,16 Jahren, womit Russland weltweit den 161. Platz belegt (CIA 2010a). Zum Vergleich: In Österreich haben Männer eine Lebenserwartung von 76,74 Jahren, Frauen von 82,71; mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 79,65 Jahren der Gesamtbevölkerung liegt Österreich weltweit an 31. Stelle (CIA 2010b). In Russland fällt auch die große Differenz in den Lebenserwartungen der Geschlechter auf; er erklärt sich nach allgemein vorherrschender Meinung aus dem unter Männern weit mehr verbreiteten Alkoholmissbrauch. Dieser hat selbst nach offiziellen russländischen Angaben seit 1990 erheblich zugenommen und beträgt inzwischen fast 18 Liter reiner Alkohol pro Kopf (der Gesamtbevölkerung) und Jahr (Boy 2010); die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hält acht Liter für die „tolerierbare“ Obergrenze.

4 Das politische System

Das politische System Russlands wird in der Politikwissenschaft und in den Medien oft mit Begriffen wie „gelenkte“, „defekte“ oder „autoritäre Demokratie“ sowie „Demokratur“ (so der Titel eines Buches des deutschen Journalisten Boris Reitschuster) bezeichnet; man könnte auch von einem „Hybrid“ „zwischen Autoritarismus und Demokratie“ sprechen. Die wichtigsten Charakteristika dieses Systems in Russland sind:

- Sicherstellung der Siege von vom Kreml favorisierten Kandidaten bei allen bedeutenden nationalen und regionalen Wahlen. Der deutsche Politikprofessor Andreas Heinemann-Grüder meinte, dass das politische System Russlands nicht mehr auf ergebnisoffenen Wahlen basiere, so dass

„das Minimalkriterium selbst für eine defekte Demokratie“ fehle (Heinemann-Grüder 2009, S. 29);

- Abschaffung der Wahlen der Oberhäupter der Exekutive der Regionen (unter Hinweis auf „Terrorbekämpfung“), die seit Anfang 2005 vom Präsidenten ernannt werden;
- Konzentration der Macht in der Präsidentialadministration auf Kosten der Regionen, die unter Präsident Boris Jelzin (der 1991 bis 1999 amtierte) zeitweise eine recht eigenständige Rolle gespielt hatten;
- ein Prozess, den westeuropäische und nordamerikanische Medien oft euphemistisch „Ausweitung des Einflusses des Staates auf die Wirtschaft“ nennen, der tatsächlich aber auf eine (offizielle und inoffizielle) Intensivierung der Kontrolle und der Verfügungsmöglichkeiten des Kremls bzw. ihm nahe stehender Politiker, Beamter und Geschäftsleute über Eigentum hinausläuft;
- eine zentrale Stellung von Armee, Innenministerium und Geheimdiensten (oft als „Machtministerien“ oder „Gewaltstrukturen“ bezeichnet) in der Verwaltung des Staates, was sich u.a. in einer Militarisierung der politischen Elite äußerte: Nach Berechnungen der Elitenforscherin Olga Kryschtanowskaja vom Institut für Soziologie der Russländischen Akademie der Wissenschaften von 2006 waren 78% der 1.028 wichtigsten Politiker und Funktionäre des Landes irgendwann mit dem sowjetischen KGB und/oder postsowjetischen russländischen Diensten sowie anderen sicherheitsrelevanten Ministerien und Behörden verbunden (Bigg 2006);
- anhaltend hohe Ausgaben für Militär, Geheimdienste, Rüstungsindustrie usw., was sich Moskau dank der zwischen 1999 und Mitte 2008 ständig steigenden Preise für Erdöl (von ca. 10 auf ca. 170 Dollar pro Fass) und Erdgas erheblich leichter leisten konnte als in den wirtschaftlich schwierigen 1990er Jahren (vgl. dazu Kap. 5);
- Einsatz von Staatsanwaltschaft und Gerichten zu politischen Zwecken;

- Zunahme eines konservativen Nationalismus mit Ansätzen zu einer russischen Ethnokratie im Vielvölkerstaat Russland (so erfreut sich der Slogan „Russland den Russen“ sämtlichen Meinungsumfragen zufolge großer Popularität);
- Ansätze zu einem Personenkult um Wladimir Putin (zwischen Ende 1999 und Mai 2008 Präsident, seither Premierminister); und
- eine weitgehende Gleichschaltung der wichtigsten Massenmedien; alle landesweit sendenden TV-Kanäle und viele Printmedien werden längst de facto vom Kreml kontrolliert. Das schlägt sich auch in internationalen Rankings wie dem Press Freedom Index der NGO „Reporters without Borders“ nieder: 2010 war Russland unter 178 Ländern auf dem 140. Platz (zum Vergleich: auf dem geteilten 1. Platz lagen Finnland, Island, Holland, Norwegen, Schweden und die Schweiz; dann folgte Österreich auf dem 7. Platz; 178. Eritrea) (Reporters Without Borders 2010).

Während Putins Präsidentschaft beruhte die „gelenkte Demokratie“ auf einer starken Zentralmacht bzw. der so genannten „Präsidentenvertikale“, mit der Administration des Präsidenten der Russländischen Föderation in Moskau als Herzstück. Es handelte sich dabei um eine „Kommandokette“ des Kremls, in die sich die meisten wichtigen Organe in Staat und Gesellschaft – darunter insbesondere Regierung, Parlament (Gryslow, meinte wörtlich, dass das Parlament „kein Ort für Diskussionen“ sei [zit. n. Polit.ru 2007]), Justiz sowie Parteien, Verbände und Medien – einordnen mussten. Es ist sehr fraglich, ob dieses System mit der von der Verfassung Russlands festgelegten horizontalen und vertikalen Gewaltenteilung vereinbar ist.

Putin ist aber nicht *trotz*, sondern gerade *wegen* dieser Realverfassung in der politischen Elite und in der Bevölkerung populär. Der Mainstream der Berichterstattung der staatlich kontrollierten Medien, Meinungsumfragen usw. lassen keinen Zweifel daran, dass ein „westliches Modell“ (– was immer man darunter konkret auch verstehen mag) für Russland ganz überwiegend abgelehnt wird. Das „System Putin“ mit seinen autoritären Zügen nach innen und

Weltmachtansprüchen nach außen stößt auf sehr viel mehr Zustimmung als die Präsidentschaft des „Demokraten“ Jelzin.

Daran ändert auch der Umstand nichts, dass Putin 1999/2000 gemachte Wahlversprechen, so im Hinblick auf die Bekämpfung der Korruption, nicht eingehalten hat. Der damals neue Präsident Dmitrij Medwedjew stellte der „Korruptionsbekämpfung“ seines Vorgängers – wohl ungewollt – Mitte 2008 ein vernichtendes Zeugnis aus, indem er meinte, dass die Korruption „heute einen Teil der politischen Institutionen ersetzt“ (zit. n.: Klusmann 2008, S. 121) und „die nationale Sicherheit bedroht“ (zit. n. BBC Russian Service 2008). Der Corruption Perception Index 2010 der bekannten NGO Transparency International setzte Russland unter 178 erfassten Ländern auf den geteilten 154. Platz – gemeinsam mit Kambodscha, der Zentralafrikanischen Republik, den Komoren, Kongo-Brazzaville, Guinea-Bissau, Kenia, Laos, Tadschikistan und Papua-Neuguinea. Zum Vergleich: Dänemark, Neuseeland und Singapur liegen auf dem geteilten ersten Platz (Transparency International 2010).

5 Wirtschaft

Staatseinfluss

Nach Angaben des stellvertretenden Wirtschaftsministers Andrej Klepatsch ist der Staat direkt und indirekt mit rund 50% an der Wirtschaft beteiligt. Dabei handelt es sich um verschiedene Formen der Beteiligung an den größten Unternehmen und Banken des Landes: Konkret sprach Klepatsch u.a. den Gasversorger Gazprom, den Erdölkonzern Rosneft und die Sparkasse Sberbank an. Im weltweiten Durchschnitt, so Klepatsch, liege die staatliche Beteiligung an der Wirtschaft bei 30% (RIA Novosti 2009).

Wirtschaftsleistung

Wie die folgenden Tabellen zeigen, liegt die Wirtschaftsleistung Russlands erheblich hinter anderen Großmächten zurück:

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt nominal für 2009, in Mio. US-Dollar

Internationaler Währungsfonds	Weltbank
(EU 16.414.697)	1. USA 14.256.300
1.USA 14.119.050	(Eurozone) 12.455.979
2.Japan 5.068.894	2. Japan 5.067.526
3. China 4.984.731	3. China 4.984.731
8. Brasilien 1.574.039	8. Brasilien 1.571.979
11. Indien 1.235.975	11. Indien 1.310.171
12. Russland 1.231.892	12. Russland 1.230.726
23. Österreich 382.073	23. Österreich 384.908

Quellen: Eigene Darstellung

Tabelle 2: Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten für 2009, in Mio. US-Dollar

Internationaler Währungsfonds	Weltbank
(EU 14.772.542)	1. USA 14.256.300
1. USA 14.256.275	(Eurozone) 11.135.595
2. China 9.046.990	2. China 9.104.181
3. Japan 4.159.432	3. Japan 4.138.481
4. Indien 3.526.124	4. Indien 3.752.032
7. Russland 2.109.551	6. Russland 2.687.298
9. Brasilien 2.013.186	9. Brasilien 2.020.079
35. Österreich 328.571	36. Österreich 324.093

Quellen: Eigene Darstellung

Rüstungs- und Sicherheitsausgaben

Zwischen 2000 und 2008 bewegte sich dem angesehenen schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI zufolge der Anteil der Militärausgaben Russlands zwischen 3,5 und 4,4% am Bruttoinlandsprodukt; zum Vergleich Österreich:

zwischen 0,8 und 1,0% (Stockholm International Peace Research Institute 2010, S. 236). Nach dem IISS in London gab Russland zwischen 2000 und 2008 zwischen 1,96 und 2,53% des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung aus, wozu man aber weitere „additional military-related expenditure(s)“ rechnen müsse. Bei deren Berücksichtigung würden sich für 2008 – 3,76%, 2009 – 4,46% und 2010 – 4,07% des Bruttoinlandsprodukts ergeben. Russland habe insgesamt (also in Gestalt der Budgetposten „Nationale Verteidigung“ plus „additional military-related expenditure“) 2008 – 20,7%, 2009 – 18,2% und 2010 – 19,2% der gesamten Budgetausgaben für Militär und Sicherheit aufgewendet (International Institute for Strategic Studies 2010, S. 217, 219).

Finanzminister Alexej Kudrin gab Mitte 2008 an, dass sogar rund 30% der Gesamtausgaben des föderalen Haushalts auf „Sicherheits- und Verteidigungsausgaben“ entfallen (zit. n. RIA Novosti 2008). Und während es den sicherheitsrelevanten Behörden in den meisten Ländern der EU und Nordamerikas angesichts der Finanzkrise immer schwerer fiel, Politik und Öffentlichkeit ihren Finanzbedarf plausibel zu machen, gab Moskau (nach eigener Einschätzung) „umfassende“ Modernisierungspläne für die Streitkräfte bekannt. Medwedjew nannte Mitte März 2009 als deren Ziel, die „Kampfbereitschaft zu stärken – und insbesondere die der strategischen Nuklearwaffen“. Er begründete diesen Schritt mit einer „NATO-Expansion nahe der russländischen Grenzen“ und „Regionalkonflikten“ (zit. n. BBC News 2009) – wie wenn in solchen der Einsatz von Kernwaffen üblich wäre.

Nach SIPRI-Angaben wendete Russland 2009 umgerechnet ca. 53,3 Mrd. Dollar („at current prices and exchange rates“) für das Militär aus und lag damit (hinter den USA, China, Frankreich und Großbritannien) weltweit an der fünften Stelle (Stockholm International Peace Research Institute 2010, S. 203). Anfang November 2010 erklärte Kudrin bei einem Treffen mit Premier Putin, dass für 2011 etwa ein Fünftel der Budgetausgaben für die Streitkräfte vorgesehen sind. Die Nachrichtenagentur UPI kommentierte: „The costly overhaul of the Russian military

comes as forces in Europe face severe budget cuts because of the recession.“ (UPI 2010).

Russland verfügt zwar nur über einen Bruchteil der Wirtschaftsleistung der als Hauptkonkurrenten wahrgenommenen USA (vgl. die Tabellen 1 und 2), möchte aber zumindest im Bereich der strategischen Atomwaffen mit ihnen auf gleicher Augenhöhe bleiben. Das erfordert natürlich enorme Finanzmittel, was sich zwangsläufig auf den Lebensstandard im Land auswirkt. Es ist aber durchzuhalten, wenn – wie in Russland der Fall – die Bevölkerung das akzeptiert bzw. offen unterstützt, d.h. (implizit oder explizit) zu verstehen gibt, dass ihr die Groß- und Weltmachtansprüche ihres Landes, eine große Streitmacht mit einem riesigen Kernwaffenarsenal, globale Mitspracherechte usw. wichtiger sind als ein höherer Lebensstandard und/oder erheblich verbesserte Leistungen des Staates in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, Soziales usw. Insbesondere letzteres wäre eigentlich vor dem Hintergrund des Umstandes geboten, dass Umfragen zufolge 27% der Bevölkerung Russlands fast ihr ganzes Einkommen für Nahrungsmittel aufwenden müssen, bereits die Anschaffung von Kleidungsstücken „ernste Probleme“ auslöst und 75% der Bevölkerung überhaupt keine Ersparnisse besitzen (NEWSru.com 2010).

In diesem Kontext sollte auch der Human Development Index nicht unbeachtet bleiben, dessen aktuellste Fassung Anfang November 2010 publiziert wurde. Er kombiniert folgende Grundfaktoren: Lebenserwartung bei der Geburt; durchschnittliche Schulbesuchsdauer, voraussichtliche Schulbesuchsdauer; Bruttonationaleinkommen pro Kopf. Russland liegt hier (zwischen Albanien und Kasachstan) auf dem 65. Platz (zum Vergleich: 1. Platz – Norwegen, 25. – Österreich, 169. und letzter Platz – Simbabwe) (Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 2010, S. 177-180). Gleichzeitig sind seit einigen Jahren die „Oligarchen“ (= Tycoons, Dollar-Milliardäre) auch in Westeuropa in aller Munde. Das verweist bereits auf die gewaltigen sozialen Unterschiede in Putins Russland.

6 Einige „Hebel“ Russlands zur Einwirkung auf sein internationales Umfeld

„Kernwaffen und Gazprom“

In Politik und Presse Russlands wird die außenpolitische Bedeutung von Gazprom, das etwa ein Viertel der weltweiten Erdgasreserven kontrolliert und 94% des Gases des Landes produziert, nicht selten mit den Kernwaffen verglichen. Sergej Mironow, der Putin-Vertraute an der Spitze des Föderationsrates, zog folgendes Fazit der in Russland längst „verfemten“ neunziger Jahre (d.h. der Regierungszeit Jelzins): „Wir konnten das Wichtigste erhalten – die Kernwaffen und Gazprom.“ (zit. n. Vardul' 2010).

Kernwaffen

Russland betrachtet sein Atomarsenal nicht nur als militärisches Instrument für den derzeit und in der überschaubaren Zukunft wenig wahrscheinlichen Fall eines Atomkrieges, sondern auch als politischen „Hebel“. Zahlreiche russländische Politiker, Militärs und Medien zeigen sich immer wieder davon überzeugt, dass es einzig und alleine die Kernwaffen sind, die „den Westen“ davon abhalten, gegen Russland militärisch zu intervenieren. Russländische Politiker und Militärs lassen keinen Zweifel an dem Umstand, dass sie in nuklearstrategischer Hinsicht nach wie vor die USA (und nicht etwa Mittelmächte wie Großbritannien, Frankreich, China oder Indien) als ihr Referenzland betrachten, gegenüber dem sie nicht ins Hintertreffen geraten wollen und das es „abzuschrecken“ gilt. Der als „liberal“ geltende Kudrin erklärte wörtlich, dass „Russland als einziges Land der Welt die atomare Parität mit den USA“ gewährleiste. „Solange es diese Parität gibt, beginnt kein Atomkrieg.“ Die anderen Kernwaffenmächte könnten keine atomare Parität mit den USA gewährleisten; dies sei eine „Mission Russlands“ (zit. n. RIA Novosti 2008).

Tabelle 3: Die Atomstreitkräfte Russlands und der USA im Vergleich

	Russland		USA	
	Quelle: „Bulletin of the Atomic Scientists“	Quelle: SIPRI	Quelle: „Bulletin of the Atomic Scientists“	Quelle: SIPRI
	Stand: Ende 2009	Stand: Anfang 2010	Stand: Anfang 2010	Stand: Anfang 2010
Sprengköpfe auf Interkontinentalraketen (ICBMs)	1.090 auf 331 ICBMs	1.090 auf 331 ICBMs	500 auf 450 ICBMs	500 auf 450 ICBMs
Sprengköpfe auf U-Booten	576 auf 10 Booten	576 auf 10 Booten	1.152 auf 14 Booten	1.152 auf 14 Booten
Sprengköpfe auf strategischen Bombern	838 auf 75 Bombern	844 auf 76 Bombern	316 auf 60 Bombern	316 auf 60 Bombern
nichtstrategische und der Verteidigung dienende Sprengköpfe (in der Luftabwehr, Flugzeugen und auf Schiffen)	ca. 2.000	2.120	500	500
Gesamtzahl der einsatzfähigen Sprengköpfe	ca. 4.600	ca. 4.630	2.468	2.468
Sprengköpfe in Reserve, zur Zerlegung vorbereitet usw.	ca. 7.300	Ca. 7.300	ca. 2.600	ca. 2.600
Gesamtzahl der vorhandenen Sprengköpfe	ca. 12.000	ca. 12.000	ca. 5.100	ca. 5.100

Quellen: Norris und Kristensen 2010a; Norris und Kristensen 2010b; Stockholm International Peace Research Institute 2010, S. 336, 344-345.

Als aktives und potenzielles Einflussinstrument Moskaus auf andere Staaten (wovon sich etwa Georgien im August 2008 überzeugen konnte, als ihm Moskau die separatistischen Provinzen Abchasien und Südossetien durch eine offene Militärintervention wohl endgültig entriss) nicht unerwähnt bleiben darf die konventionelle Streitmacht. Nach Angaben des IISS in seinem Jahrbuch für 2010 hat Russland 1,027 Mio. Mann unter Waffen² (wozu noch 20 Mio. Reservisten

2 Diese Zahl wird von anderen informierten Beobachtern allerdings massiv angezweifelt. Sie glauben auch und gerade in offiziellen russischen Angaben Hinweise auf eine tatsächlich erheblich geringere faktische personelle Stärke zu erkennen (vgl. z.B. McDermott 2011).

kommen). Zur Ausrüstung gehören u.a. 23.000 Kampfpanzer, über 26.000 Artilleriegeschütze, 52 taktische Unterseeboote, 57 große Überwasserkampfschiffe, 1.743 taktische Kampfflugzeuge und mindestens 293 militärische Transportflugzeuge (International Institute for Strategic Studies 2010, S. 222-231).

Energieaußenpolitik

Schätzungen über die wirtschaftlich nutzbaren Vorräte von Bodenschätzen im Allgemeinen und Energieträgern³ konkret gehen weit auseinander und sind von der technischen Entwicklung, dem Weltmarkt, der Erkundung neuer Lagerstätten usw. abhängig; in Russland sind genaue Daten über so genannte „strategische Rohstoffe“ überhaupt Staatsgeheimnis. Glaubt man aber der Ausgabe der BP Statistical Review of World Energy vom Juni 2010, besaß Russland mit Stand Ende 2009 10 Mrd. Tonnen „proven reserves“ an Erdöl (und damit 5,6% der weltweiten Vorräte; zum Vergleich EU: 0,5%, Saudi-Arabien 19,8%). Bei der Erdölproduktion lag Russland 2009 mit einem Anteil von 12,9% (= 494,2 Mio. Tonnen) an der Weltproduktion an erster Stelle, knapp vor Saudi-Arabien (12%); die EU kam nur auf 2,6%. Die gleiche Quelle führte zudem für Ende 2009 an, dass Russland über 23,7% der weltweiten Vorräte an Erdgas verfügte (gefolgt vom Iran mit 15,8%; die ganze EU besitzt demgegenüber nur 1,3%). Bei der Erdgasproduktion lag Russland mit 17,6% an zweiter Stelle – hinter den USA mit 20,1% (zum Vergleich: Iran 4,4%, EU 5,7%) (BP 2010, S. 6, 9, 22, 24). Die Einnahmen aus dem Verkauf von Energieträgern sind entscheidend für die Staatsfinanzen Russlands. Das Land generiert seit Jahren etwa die Hälfte seines föderalen Haushalts aus Steuern und Zöllen auf Erdöl und Erdgas.

In den 1990er Jahren war in Russland ganz allgemein betont worden, dass man auf keinen Fall zu einem „Rohstoff-Anhängsel des Westens“ herabsinken wolle. Dann aber – und v. a. in der zweiten Amtszeit Putins (also seit 2004) – begann man, aus der Not eine Tugend zu machen. Die aktualisierten Groß- und

3 Energieträger wie Kohle und Uran müssen in der vorliegenden Überblicksbetrachtung von vornherein außer Betracht bleiben.

Weltmachtansprüche Russlands sollen sich nach dem Willen der Führung in Moskau nicht nur auf das ansehnliche Militärpotenzial gründen (siehe oben), sondern auch und gerade auf das – inoffizielle – Konzept einer „Energiegroßmacht“: Russland will so viele Länder wie möglich in- und außerhalb der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) zu den Kunden seiner Erdöl- und Erdgasindustrie machen, die Pipelinesysteme anderer GUS-Republiken (und konkret der Ukraine und Belarus') übernehmen, sich in Energieversorgungsunternehmen in- und außerhalb der GUS einkaufen und auch die Lieferkette bis zu den Endverbrauchern kontrollieren. Zudem sollen andere rohstoffreiche GUS-Republiken wie Aserbaidschan, Turkmenien, Kasachstan und Usbekistan ihre Energieträger nach Moskauer Vorstellungen nur über Pipelines exportieren, die russländisches Territorium kreuzen. Das bringt Transitgebühren ein und macht Liefer- wie Abnehmerländer vom Kreml abhängig, der die Pipelines im Bedarfsfall leicht unterbrechen könnte. Alle diese Maßnahmen sollen möglichst viele Länder an russländische Energieversorger anbinden, was sich bei entsprechenden Rahmenbedingungen auch in politische Abhängigkeiten umsetzen ließe.

Eine Publikation der Diplomatischen Akademie des russländischen Außenministeriums nannte die Ölkonzerne offen „eine zusätzliche Waffe der Geopolitik“ Moskaus (Matjaš 2004, S. 111), und in den Worten von „Kommersant“ betrachtet der Kreml Gas als „strategisches Gut und geopolitische Ressource“, die in vielerlei Hinsicht den Platz des Landes in der heutigen Welt bestimme (Kommersant 2006). Daher kommt Gazprom bei der „neuen Energieaußenpolitik“ (Lindner 2007, S. 1) Russlands auch jenseits der Grenzen der früheren UdSSR eine zentrale Bedeutung zu. Nicht wenige mit den Verhältnissen in Russland vertraute Beobachter urteilen, dass das oberste Unternehmensziel von Gazprom „nicht Profit, sondern politische Schlagkraft“ sei (Reitschuster 2006, S. 262). Die Geschäftspolitik des Konzerns entwickelt sich denn auch in enger Abstimmung mit der Staatsführung. Äußerer Ausdruck dieses Umstandes ist etwa, dass Medwedjew zum Zeitpunkt seiner Designierung zum neuen Präsidenten Russlands (also Ende

2007) Vorsitzender des so genannten Rates der Direktoren von Gazprom war. Auch Rosneft, der wichtigste Erdölkonzern Russlands, steht unter der festen Kontrolle des Kremls: Der Vorsitzende seines Rates der Direktoren war ab 2006 Igor Setschin, d.h. er behielt diesen Posten zunächst auch nach seiner Ernennung zum stellvertretenden Ministerpräsidenten Russlands im Mai 2008. Setschin gilt übrigens als einer der wichtigsten Exponenten der so genannten „Fraktion der Siloviki“ (= frühere und aktive Mitarbeiter von sicherheitsrelevanten Behörden, darunter Geheimdiensten) in der Führung.

Nach Zählung der Defence Research Agency in Stockholm gab es zwischen 1991 und 2006 mindestens 55 Fälle, da Russland seine Lieferungen von Energieträgern an das Ausland gestoppt oder zumindest damit gedroht hat; davon hatten nur elf keinen politischen Hintergrund (Larsson 2007, S. 80-81). Auch angesichts dessen sind die anhaltenden Versicherungen verschiedener russländischer und westeuropäischer Politiker und Beobachter, dass Russland ein „verlässlicher Partner“ sei (Brill 2010, S. 457), kaum nachvollziehbar. Selbst das üblicherweise sehr vorsichtig formulierende österreichische Außenministerium meinte in seinem Bericht für 2007 offen: „Russland setzt seine Energiepolitik als machtvoll Instrument der Außenpolitik ein.“ (Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, S. 44).

Moskau macht also offenkundig längst nicht mehr nur mit *den Preisen* für Erdgas und Erdöl Politik, sondern mit den Lieferungen dieser Energieträger *als solche*. Das betraf bisher in erster Linie die GUS: Russland verwendete sein Gas als politisches Druckmittel gegen – aus verschiedenen Gründen und zu unterschiedlichen Zeiten – politisch „unbotmäßige“ Staaten wie die Ukraine, die Republik Moldau, Georgien und Belarus.

In Brüssel und in einigen EU-Mitgliedstaaten setzte anlässlich der russländisch-ukrainischen Gaskontroverse 2005/2006 eine Debatte um die künftige Versorgung mit Energieträgern ein, die aber zu keinen rasch implementierbaren Entscheidungen über eine spürbare Verringerung der Abhängigkeit von Zulieferungen aus Russland und anderen akuten oder potenziellen Krisengebieten

in Afrika und im Nahen Osten führte (so ist der Bau der Gaspipeline „Nabucco“, die südwestliche GUS-Republiken unter Umgehung Russlands mit der EU verbinden könnte, nach einem Jahrzehnt Diskussion immer noch nicht beschlossen, von einem Baubeginn ganz abgesehen). Dennoch warnten Moskauer Spitzenfunktionäre (von Putin abwärts) Brüssel unverzüglich sowohl vor Alternativen zu russländischen Versorgern wie auch vor der Errichtung von angeblichen oder tatsächlichen Hindernissen für russländische Unternehmen bei ihrer Expansion auf europäischen Märkten, die zu einer Umorientierung auf Ostasien führen könne.

Nicht wenige einflussreiche Stimmen in Westeuropa (darunter der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder) wandten sich selbst gegen vorsichtige Kritik nicht nur der europäischen Politik, sondern auch der Medien an der zunehmend autoritären Politik Putins oder an seinem (1999 eingeleiteten) Krieg in Tschetschenien, weil das angesichts der unverzichtbaren Lieferungen russländischer Energieträger kontraproduktiv sei. Gleichzeitig wird – mitunter von den gleichen Kommentatoren – eine „einseitige Abhängigkeit“ der EU von Russland bestritten und eine „gegenseitige Abhängigkeit“ behauptet, da Moskau auf die Einnahmen aus dem Export in die EU angewiesen sei und Öl- und Gasströme angesichts des Fehlens ausreichender Pipelinekapazitäten nicht einfach in kurzer Zeit z. B. nach China umgeleitet werden könnten. Letzteres ist zwar unbestreitbar, doch bleibt dann offen, warum das Selbstbewusstsein der Kreml-Führung mit den Gaspreisen stetig zu steigen schien, während die Staats- und Regierungschefs der EU – auch und gerade bei Gipfeltreffen mit Putin – unentschlossen oder sogar eingeschüchtert, jedenfalls aber uneinig wirkten.

Eine besondere Erwähnung verdient die Arktis, wo man große Vorkommen an Erdöl und Erdgas vermutet, die durch das zunehmende Abschmelzen der Eisdecke infolge des Klimawandels leichter zugänglich werden. Allerdings sind die Seegrenzen zwischen den Anrainerstaaten des Nordpols teilweise ungeklärt. Moskau hat jedenfalls klar gemacht, dass es einen möglichst großen Teil für sich beansprucht. Auch in westeuropäischen und nordamerikanischen Medien

vorübergehend Aufmerksamkeit erregte eine russländische Expedition, die Anfang August 2007 an der Stelle des Nordpols eine russische Staatsflagge aus Titan auf den Meeresboden stellte. Zudem weisen offizielle russländische Stellen und Medien immer wieder darauf hin, dass Einheiten der Streitkräfte für Einsätze im äußersten Norden aufgerüstet und ausgebildet werden.

Vetorecht im UNO-Sicherheitsrat; Mitgliedschaft in internationalen Organisationen

Russland warnt immer wieder vor einem „einseitiges Vorgehen“ anderer Länder und Bündnisse, v.a. aber der USA und der NATO. So kritisierte es die Intervention der NATO gegen Serbien 1999 (wegen der Massenvertreibungen von ethnischen Albanern aus dem Kosovo) ebenso schroff wie die eigenen (d.h. von der UNO unabhängigen) Sanktionen der EU und der USA gegen den Iran wegen dessen Atomprogramm. Den Grund für diese Position ist offenkundig: Moskau will die gesamte weltpolitische Entscheidungsfindung im UNO-Sicherheitsrat halten, weil es dort ein Vetorecht hat, oder mit anderen Worten: weil dort „gegen Russland“ nichts beschlossen werden kann. Das Prinzip der Absage an „einseitiges Vorgehen“ wird in Moskau bei Bedarf aber recht flexibel gehandhabt; so stellte es seine Militärintervention gegen Georgien im August 2008 (natürlich) nicht vorab zur Abstimmung im UNO-Sicherheitsrat, der ihr niemals zugestimmt hätte.

Nur kurz erwähnt seien hier die Mitgliedschaften Russlands in der OSZE und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der für den Schutz der Menschenrechte zuständig ist (in den Russland Anfang 1996, also während des ersten Krieges in Tschetschenien, aufgenommen wurde); Russland wurde ungeachtet seiner Verstöße gegen die Werte des Europarates (so im Bereich demokratischer und rechtsstaatlicher Standards, aber auch durch die Kriege in Tschetschenien und den Krieg gegen Georgien) nicht ausgeschlossen.

Die „Zone besonderer Interessen“ – die GUS

Die GUS hat 1991-1992 dazu beigetragen, den Zerfall der UdSSR in kontrollierte Bahnen zu lenken und ein „jugoslawisches Szenario“ in (post-)sowjetischen – und damit sehr viel größeren – Maßstäben zu verhindern. Bald trachtete Moskau aber,

die GUS zu einem Instrument zur Wahrung bzw. Stärkung seines Einflusses auf die anderen früheren Sowjetrepubliken zu machen. Russland beansprucht die GUS längst offiziell als „besondere Interessenzone“, aus der dritte Mächte (und v.a. die USA und die NATO) so weit wie möglich ferngehalten werden sollen.

Seit 1992 unterscheidet man in Russland allgemein zwischen dem „Nahen Ausland“, d.h. den anderen GUS-Staaten, und dem „Fernen Ausland“ (also dem „Rest der Welt“). Dies deutet bereits an, dass man den früheren Sowjetrepubliken einen niedrigeren „Grad an Unabhängigkeit“ als allen anderen Ländern zubilligt.

Unmittelbar nach der Auflösung der Sowjetunion hatten die postsowjetischen Republiken den relativ größten Freiraum gegenüber Russland, das sehr mit inneren Problemen – und v.a. Wirtschaftsreformen – befasst und nach übereinstimmender Meinung der wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Analytiker nach außen „schwach“ war. Die folgenden Jahre – und v.a. dann unter Putin – zeigten, dass Russland nach außen umso nachdrücklicher „Mitsprache“ einforderte, je autoritärer und nationalistischer es im Inneren wurde. Die GUS ist die einzige Region, wo es aus verschiedenen Gründen (darunter das weitgehende Desinteresse von Politik und Öffentlichkeit in Westeuropa und Nordamerika) gute Aussichten hat, seine Ziele weitgehend zu erreichen.

Der GUS kommt unbestritten die erste Priorität der russländischen Außen- und Sicherheitspolitik zu, und das wird sich auch in der überschaubaren Zukunft nicht ändern. Moskau strebt dabei eine größtmögliche „Integration“ auf allen Gebieten – Politik, Wirtschaft, Militär, aber auch Kultur, Medien und Wissenschaft – unter seiner Führung an. Dabei ist offenkundig, dass mit zunehmender Enge der „Integration“ in der GUS die Kontrolle Russlands über die anderen GUS-Republiken zu- und gleichzeitig deren eigene Bewegungsfreiheit abnimmt.

Militärstützpunkte

Der GUS-Schwerpunkt der Moskauer Politik zeigt sich auch anhand der Verteilung der russländischen Militärbasen im Ausland: Nach der Räumung der Marinebasis Cam Ranh (Vietnam) 2002 und der auf die USA gezielten Abhörstation Lourdes

(Kuba) 2003 befinden sich alle bis auf eine (der so genannte „Punkt für materiell-technische Versorgung“ der Kriegsmarine im syrischen Tartus) der 25 Basen in früheren Sowjetrepubliken. Erwähnenswert sind insbesondere: Die Schwarzmeerflotte auf der ukrainischen Halbinsel Krim (mit insgesamt ca. 30.000 Soldaten und Zivilisten); die Radaranlagen von Gabala (Aserbaidshan) und Baranowitschi (Belarus), Teile des Frühwarnsystems vor Raketenangriffen; die „Operative Gruppe der russländischen Truppen“ in der Republik Moldau, die de facto die „Unabhängigkeit“ der separatistischen „Dnjestr-Republik“ schützt; die 102. Basis in Armenien; Basen in den georgischen Regionen Abchasien und Südossetien, die Moskau seit August 2008 als „unabhängige Staaten“ anerkennt (womit die Grenzen Georgiens mit Gewalt geändert wurden); der Weltraumbahnhof Bajkonur (Kasachstan); die Luftwaffenbasis Kant (Kirgisien); und die 201. Militärbasis in Tadschikistan (Lukin 2007). Nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau von 2010 dienen auf den russländischen Militärstützpunkten und -objekten im Ausland über 25.000 Soldaten und ca. 20.000 zivile Bedienstete (Rožkova 2010).

Rüstungsexport

Nach SIPRI entfällt auf Russland für den Zeitraum 2005-2009 der zweitgrößte Anteil an den weltweiten Rüstungsexporten: Mit 23% liegt es hinter den USA (30%) und weit vor Deutschland (11%) (Stockholm International Peace Research Institute 2010, S. 315). Auch dem IISS zufolge war Russland zwischen 2001 und 2008 der zweitgrößte Waffenexporteur der Welt (hinter den USA und vor Großbritannien): Der russländische Anteil an den weltweiten Waffenexporten lag in diesem Zeitraum zwischen 10,9 und 18,1% (International Institute for Strategic Studies 2010, S. 469).

7 Fazit

Die hier präsentierten Umstände lassen viele Interpretation und Schlüsse zu, von denen drei hervorgehoben werden sollen:

1) Es wäre aufschlussreich, die Millionenstädte Russlands mit Moskau und St.Petersburg an der Spitze im Hinblick auf Wirtschaftskraft, eigene und ausländische Investitionen, Sozialleistungen, Bautätigkeit, Bildung, Forschung und Wissenschaft usw. aus den landesweiten Statistiken herauszurechnen. Dem Verfasser ist zwar kein entsprechender Versuch bekannt, doch ist auf der Grundlage einer Kenntnis der Rahmenbedingungen anzunehmen, dass sich für das „verbleibende“ Russland die Kennziffern eines „durchschnittlichen“ Landes der Dritten Welt ergeben würden.

2) Das politische System von Putins Russland zeichnet sich durch große Stabilität aus. Die demokratische Opposition ist völlig marginalisiert und für die überschaubare Zukunft von jeder Einflussnahme auf die innen- und außenpolitische Entscheidungsfindung abgedrängt.

3) Derzeit spricht weit mehr für als gegen eine künftige Zunahme des Einflusses Russlands – und damit Putins – in der Welt. Einer der Gründe dafür ist, dass Moskau mit anderen bedeutenden Ländern, die allgemein als „Mächte der Zukunft“ gelten, befreundet ist – und insbesondere mit China, Indien, Brasilien und dem Iran (der in den nächsten Jahren zum Atomwaffenstaat aufsteigen könnte). All das geschieht vor dem Hintergrund eines von den meisten seriösen Analytikern konstatierten zunehmenden Einflussverlusts der USA und des ganzen „Westens“, von dem Russland nach eigener Überzeugung nur profitieren kann.

Der Trend zu einer Einflusszunahme Russlands könnte nur dann verlangsamt oder gestoppt werden, wenn es der EU gelänge, sich ganz oder weitgehend unabhängig von russländischen Erdöl- und Erdgaslieferungen zu

machen. Daran haben aber viele Akteure in- und außerhalb der Union aus verschiedenen Gründen kein Interesse.

8 Literaturverzeichnis

BBC Russian Service (2008): Medvedev nazval bednost' rossijan problemoj nomer odin, http://news.bbc.co.uk/hi/russian/russia/newsid_7473000/7473106.stm, Zugriff: 20.8.2010.

BBC News (2009): Russia announces rearmament plan. Russian President Dmitry Medvedev has said Moscow will begin a comprehensive military rearmament from 2011, <http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/europe/7947824.stm>, Zugriff: 18.10.2010.

Bigg, Claire (2006): Russia: Expert Eyes Security Ties Among Siloviki (Interview), <http://www.rferl.org/content/article/1073593.html>, Zugriff: 4.1.2011.

Boy, Ann-Dorit (2010): Der Kreml erklärt dem Alkohol den Kampf, *Die Zeit* (31.8.2010), <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2010-08/alkohol-russland?page=all>, Zugriff: 16.12.2010.

BP (2010): BP Statistical Review of World Energy, http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/reports_and_publications/statistical_energy_review_2008/STAGING/local_assets/2010_downloads/statistical_review_of_world_energy_full_report_2010.pdf, Zugriff: 15.12.2010.

Brill, Heinz (2010): „Die Bedeutung von Ferngasleitungen für die europäische Energiesicherheit. Der Streit um die Pipeline-Projekte.“, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift*, 48 (4), S. 454-467.

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (o.J.): *Außenpolitischer Bericht 2007. Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik*, Wien.

CIA (2010a): The World Factbook 2010, Russia, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/rs.html>, Zugriff: 13.11.2010.

CIA (2010b): The World Factbook 2010, Austria, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/au.html>, Zugriff: 14.11.2010.

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (2010): *Bericht über die menschliche Entwicklung 2010. Der wahre Wohlstand der Nationen: Wege zur menschlichen Entwicklung. Veröffentlicht für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen*, Berlin.

Dzutsev, Valery (2010): „2010 Census Data is Adjusted to Meet Kremlin Priorities in the North Caucasus“, in: *Eurasia Daily Monitor* 7(207), http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=37171&tx_ttnews%5BbackPid%5D=7&cHash=7c05214a87, Zugriff: 16.11.2010.

Federal'naja služba gosudarstvennoj statistiki (2009): Ožidaemaja prodolžitel'nost' žizni po otedel'nym stranam mira – Life expectancy for selected countries of the world. Demografičeskij ežegodnik Rossii – 2009 g., http://www.gks.ru/bgd/regl/B09_16/IssWWW.exe/Stg/9-05.htm, Zugriff: 20.11.2010.

Federal'naja služba gosudarstvennoj statistiki (2010): Demografija, http://www.gks.ru/bgd/free/b10_00/IssWWW.exe/Stg/d09/8-0.htm Zugriff: 14.12.2010.

Heinemann-Grüder, Andreas (2009): „Kontrollregime. Russland unter Putin & Medvedev.“, in: Osteuropa, 59 (9), S. 27-48.

International Institute for Strategic Studies (2010): *The Military Balance 2010. The annual assessment of global military capabilities and defence economics*, London: European Publication.

Klussmann, Uwe (2008): „Das gibt Krieg“, *Der Spiegel*, Nr. 19, S. 120-121.

Kolesnikov, Andrej (2010): „Tam kopejka, sdes' kopejka, a na krug polučaetsja mnogo“, *Kommersant'*, (16.3.2010), <http://www.kommersant.ru/doc.aspx?DocsID=1337670>, Zugriff: 28.8.2010.

Kommersant' (2006): *Osnovnoj tovar geopolitiki*, 22.11.2006, S. 8.

Larsson, Robert L. (2007): *Nord Stream, Sweden and Baltic Sea Security*, Stockholm: Defence Research Agency.

Lindner, Rainer (2007): „Blockaden der ‚Freundschaft‘“, in: *SWP-Aktuell* (3), Berlin.

Lukin, Michail (2007): Vse Rossijskie bazy, *Kommersant' Vlast'*, 21.5.2007, <http://www.kommersant.ru/doc.aspx?DocsID=766827> [20.11.2010].

Malek, Martin (2008): „Theorie und Praxis der Geopolitik im postsowjetischen Russland.“, in: Andrea Riemer (Hg.): *Geopolitik der Großen Mächte*, Wien: Landesverteidigungsakademie, 103-173.

Malykhin, Mikhail; Ivanitskaya, Nadezhda (2009): The demographic blow. Russia's population is falling. *Vedomosti*, April 27, 2009 (via Johnson's Russia List, 2009-#78, 27 April 2009).

Matjaš V. N. (2004): *Rossija – SŠA: Neft' i geopolitika. Politologičeskij analiz*, Diplomatičeskaja Akademija MID Rossii / Institut aktual'nych meždunarodnych problem. Moskva.

McDermott, Roger (2011): „Gogol's 'Dead Souls' and Russia's Myth of One Million Men Under Arms”, in: *Eurasia Daily Monitor* 8 (12), http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=37375, Zugriff: 25.2.2011.

NEWSru.com (2010): Tri četverti rossijan ne imejut nikakich sbereženij, <http://newsru.com/finance/29oct2010/sberezhenia.html>, Zugriff: 29.10.2010.

Norris, Robert S.; Kristensen, Hans (2010a): Russian nuclear forces, 2010, in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 66 January/February, S. 74-81.

Norris, Robert S.; Kristensen, Hans (2010b): U.S. nuclear forces, 2010. In: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 66 May/June, S. 57-71.

Polit.ru (2007): Vse po mestam, http://www.polit.ru/event/2007/04/13/gryzly_bear.html, Zugriff: 19.11.2010.

Reitschuster, Boris (2006): *Putins Demokatur. Wie der Kreml den Westen das Fürchten lehrt*, Berlin: Econ Verlag.

Reporters Without Borders (2010): Press Freedom Index 2010, <http://en.rsf.org/press-freedom-index-2010,1034.html>, Zugriff: 20.11.2010.

RIA Novosti (2008): Vizepremier: Russland verhindert Atomkrieg durch atomare Parität mit USA, <http://de.rian.ru/safety/20080625/112111374.html>, Zugriff: 20.10.2010.

RIA Novosti (2009): Russischer Staat mit 50 Prozent an der Wirtschaft beteiligt, <http://de.rian.ru/business/20090702/122189463.html>, Zugriff: 15.12.2010.

Rožkova, Natal'ja (2010): „Neoimperskie popolznovenija“. Nužen li Rossii zakon o voennyh bazach za rubežom. Vremja novostej, 27.8.2010, <http://www.vremya.ru/2010/154/4/260378.html> [20.11.2010].

Stockholm International Peace Research Institute (2010): *SIPRI Yearbook 2010: Armaments, Disarmament and International Security*, Oxford, Stockholm: Oxford University Press.

Transparency International (2010): Corruption Perception Index 2010 Results, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results, Zugriff: 3.11.2010.

UPI (2010): Russia confirms 2011 defense spending hike, http://www.upi.com/Business_News/Security-Industry/2010/11/10/Russia-confirms-2011-defense-spending-hike/UPI-91241289393180/, Zugriff: 11.11.2010.

Vardul', Nikolaj (2010): Ironija truby. *The New Times / Novoe vremja*, 19.4.2010, S. 21.

In dieser Reihe sind bisher erschienen:

AIPA 1/2011 Marina Janßen: Die Herausforderung des Klimawandels für die Formulierung und Implementierung der Innovationspolitik am Beispiel Brasiliens

AIPA 4/2010 Henning Schildgen: Wenn Clausewitz Ökonom gewesen wäre - eine Analyse von Wirtschaft als Machtinstrument von Staaten anhand des Strategiemodells von Clausewitz

AIPA 3/2010 Alexandra Seibt: Von der Idealisierung bis zur Verteufelung. Das Bild Chinas im Wandel? Eine Medienanalyse der Kommentare zu China in der deutschen überregionalen Presse

AIPA 2/2010 Nadine Alff-Pereira: Ethnische Dilemmata der humanitären Hilfe in innerstaatlichen Konflikte

AIPA 1/2010 Simon Brocks: Die Autonomiebewegung in Bolivien am Beispiel von Santa Cruz

AIPA 4/2009 Rasmus Beckmann: Clausewitz trifft Luhmann – Überlegungen zur systemtheoretischen Interpretation von Clausewitz' Handlungstheorie

AIPA3/2009 Daniel Wolff: Wirtschafts- und Industriespionage im deutschen

Wirtschaftsraum: Eine analytische Betrachtung von Akteuren, Methoden und Gefahren

- AIPA 2/2009 Daria W. Dylla: Die Theorie des doppelten Überlebensprinzips. Vom Machterhalt via rational choice zur Außenpolitik
- AIPA 1/2009 Joachim Betz: Die Interaktion interner und externer Faktoren beim Wandel der indischen Außenpolitik
- AIPA 4/2008 Jeannine Hausmann: Brasilien als neues Land in der Entwicklungszusammenarbeit
- AIPA 3/2008 Rasmus Beckmann: Clausewitz, Terrorismus und die NATO-Antiterrorstrategie: Ein Modell strategischen Handelns
- AIPA 2/2008 Martin Malek: Russland nach den Wahlen: Erste Amtszeit Medwedjews oder „dritte Amtszeit“ Putins?
- AIPA 1/2008 Corinna Walter: Bedrohungsperzeptionen und regionale Sicherheitskooperation in Südamerika am Fallbeispiel Cono Sur
- AIPA 3/2007 Tillmann Höntzsch: Das Konzept der Zivil-Militärischen Kooperation (CIMIC) – Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr
- AIPA 2/2007 Daria W. Dylla: Rational-Choice und das politische Issue Management: Die Gestaltung der politischen Agenda und ihre Rolle bei der Stimmenmaximierung
- AIPA 1/2007 Mischa Hansel: '(Although) it's not Rocket Science': A Theoretical Concept for Assessing National Space Policies in Europe
- AIPA 4/2006 Thomas Jäger/Kai Oppermann/Alexander Höse/Henrike Viehrig: Die Salienz außenpolitischer Themen im Bundestag. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 16. Deutschen Bundestages
- AIPA 3/2006 Peter Harbich: Die wachsende Bedeutung privater Akteure im Bereich der Intelligence. Private Akteure als Quellen, Abnehmer,

Konkurrenten und Kooperationspartner staatlicher Nachrichtendienste

AIPA 2/2006 Anatol Adam: Die sicherheits- und verteidigungspolitischen Initiativen Brasiliens im Amazonasgebiet am Beispiel des SIPAM/SIVAM-Projekts

AIPA 1/2006 John Emeka Akude: Historical Imperatives for the Emergence of Development and Democracy: A Perspective for the Analysis of Poor Governance Quality and State Collapse in Africa

AIPA 4/2005: Lisa Sieger: International Mediation in Northern Ireland. An Analysis of the Influence of International Intermediaries on the Process and the Outcome of the Northern Irish Peace Process from 1994 to mid-2004

AIPA 3/2005: Thomas Jäger/Henrike Viehrig: Internationale Ordnung und transatlantische Wahrnehmungen: Die medial vermittelte Interpretation der Darfur-Krise in den USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien

AIPA 2/2005: Gunther Hauser: The Mediterranean Dialogue: A Transatlantic Approach

AIPA 1/2005: Thomas Jäger/Henrike Viehrig: Gesellschaftliche Bedrohungswahrnehmung und Elitenkonsens. Eine Analyse der europäischen Haltungen zum Irakkrieg 2003

AIPA 4/2004: Stephan Klingebiel/Katja Roehder: Militär und Entwicklungspolitik in Post-Konflikt-Situationen

AIPA 3/2004: Conrad Schetter: Kriegsfürstentum und Bürgerkriegsökonomien in Afghanistan

AIPA 2/2004: Andrea K. Riemer/Gunther Hauser: Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA und die Europäische Sicherheitsstrategie: Ein Vergleich des Unvergleichbaren

AIPA 1/2004: Kai Oppermann: Blair's U-turn – Das britische Referendum über eine europäische Verfassung

AIPA 4/2003: Andrea Szukala (Hrsg.): Anti-Terror-Politik in Deutschland

AIPA 3/2003: Andrea Szukala (Hrsg.): Krieg im Irak – Krieg gegen den Terror?

AIPA 2/2003: Kai Oppermann: New Labour und der Euro – Die Imperative des innerstaatlichen politischen Wettbewerbs

AIPA 1/2003: Elke Krahnemann: The Privatization of Security Governance: Developments, Problems, Solutions